



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

Es informiert Sie:	Laura Wachsmann
Telefon:	02104/99-2158
Fax:	02104/99-842158
E-Mail:	laura.wachsmann@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 05.12.2019

Niederschrift

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 21.11.2019, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer
1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Klaus Rohde

Mitglieder

Dirk Brixius
Bernd Falkenau
Brigitte Hagling
Jörg Koch
Martina Köster-Flashar
Regina Küchler
Nils Lessing
Reinhard Ockel
Renate Petschull
Martina Reuter
Carola Rotert
Sybille Schettgen
Norbert Schreier
Andreas Seidler
Margret Stolz
Elke Thiele

Verwaltung

Anja Büttner
Bettina Ex
Ulrike Haase
Daniela Hitzemann
Simone Kraschinski

Dr. Rudolf Lange
Ralf Mülders
Thomas Müller
Andrea Pannen
Lisa Remus
Gerhard Rott
Frank Schäfer
Christian Schölzel
Laura Wachsmann
Dorothea Weiß

Gäste

Marcus Kowalczyk

bis TOP 7.1

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.09.2019
3. Informationen der Verwaltung
4. Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle des Kreises Mettmann in Velbert 57/013/2019
5. Haushalt 2020/2021 20/046/2019
6. Sachstand der Umsetzung der Zuständigkeitsänderungen in der Eingliederungshilfe und Frühförderung zum 01.01.2020 57/014/2019
7. Nachträge
- 7.1. Gesundheitszeugnis 53/007/2019
- Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 07.11.2019

Nicht öffentlicher Teil

8. Informationen der Verwaltung
9. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Vor Eröffnung der Sitzung richtet Herr Rohde das Wort an Frau Haase, die an diesem Tag zum letzten Mal in ihrer Funktion als zuständige Dezernentin am Gesundheitsausschuss teilnimmt. Er bedankt sich für die langjährige gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Anschließend wird Herr Marcus Kowalczyk dem Ausschuss vorgestellt. Er wird das Sozialdezernat des Kreises Mettmann ab dem 01.01.2020 leiten. Herr Kowalczyk wird vom Ausschuss herzlich begrüßt.

Herr Rohde eröffnet sodann die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Es folgen die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Frau Klaus wird von Herrn Brixius, Frau Hruschka von Herrn Ockel und Frau Münnich von Frau Köster-Flashar vertreten.

Die Tagesordnung wurde im öffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt 7.1 „Gesundheitszeugnis“ (Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 07.11.2019) erweitert. Die Antwort der Verwaltung wurde vor der Sitzung versandt.

Frau Hagling wird für den Tagesordnungspunkt 4 (Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle des Kreises Mettmann in Velbert) für die UWG-ME-Fraktion als Berichterstatterin für den Kreistag benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.09.2019

Die Niederschrift über die Sitzung vom 09.09.2019 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Versorgungssituation von Förderkindern im Kreisgebiet

Herr Schäfer berichtet, dass hinsichtlich der Datenerhebung Kontakt zum zukünftig zuständigen Träger, dem Landschaftsverband Rheinland, aufgenommen worden sei. Seitens des LVR sei signalisiert worden, dem Kreis Mettmann die regionalen Daten zur Verfügung zu stellen, die im Gesundheitsausschuss dargestellt werden könnten. In welcher Form und in welchem Umfang die Daten an den Kreis übermittelt werden, sei zurzeit jedoch noch unklar.

Infektionen im Kreis Mettmann

Herr Dr. Lange berichtet über eine Hepatitis A Infektion in Monheim. Aktuell könnten acht Erkrankungsfälle gezählt werden, die tatsächliche Zahl der Infektionen könnte jedoch deutlich höher liegen.

Belehrung im Bereich Lebensmittel

Herr Dr. Lange berichtet, dass Termine für die Belehrung im Bereich Lebensmittel ab sofort online buchbar seien. Frau Haase spricht sich dafür aus, in Zukunft eine Online-Belehrung anzubieten, um den hohen administrativen Aufwand noch weiter zu reduzieren.

Masernschutzgesetz

Herr Dr. Lange berichtet vom neuen Masernschutzgesetz. Dieses habe zur Folge, dass Personen, die in bestimmten Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Kitas und Schulen) oder medizinischen Einrichtungen arbeiten oder betreut werden, einen Masernschutz nachweisen müssten. Als Nachweis gelte eine Impfdokumentation oder ein ärztliches Zeugnis über Immunität bzw. eine Kontraindikation. Verstöße gegen das Masernschutzgesetz könnten mit Bußgeldern geahndet werden.

Zu Punkt 4:	Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle des Kreises Mettmann in Velbert - Vorlage Nr. 57/013/2019
--------------------	--

Herr Schäfer erläutert die Vorlage.

Frau Stolz bedauert, dass das gut ausgebaute Modell der Frühförderung im Kreis Mettmann aufgrund der veränderten gesetzlichen Grundlagen geändert werden muss. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für das Engagement hinsichtlich der Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle im Kreis Mettmann und dafür, dass die Verwaltung über die gesetzlichen Vorgaben hinaus tätig wird.

Frau Rotert begrüßt das Vorhaben in Anbetracht der dargestellten, neuen Rahmenbedingungen ebenfalls. Sie erkundigt sich danach, wie die Beratungen zukünftig praktisch erfolgen werden.

Herr Schäfer und Frau Haase erläutern, dass die Beratungen des Kreises dann in der Regel vor Ort im Frühförderzentrum stattfinden würden. Für neue Fälle, für die der LVR auch die Bearbeitung übernehmen werde, seien neue Stellen geschaffen worden, die die Beratungen ortsnah sicherstellen sollen. Ob und wie sich die Qualität in Zukunft verändern wird, bleibe abzuwarten. Die Einrichtung einer IFF in Velbert nutze die bestehenden Ressourcen des Kreises und soll zugleich die Refinanzierung der Leistungen durch den LVR und die Krankenkassen gewährleisten.

Nach erfolgter Vorberatung im Gesundheitsausschuss erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle im Förderzentrum Velbert wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5:	Haushalt 2020/2021 - Vorlage Nr. 20/046/2019
--------------------	---

Einführend erläutert Herr Rohde das Verfahren der Haushaltsberatungen. Grundlage für die Haushaltsberatungen bildet der in der Sitzung des Kreistages am 10.10.2019 eingebrachte Haushaltsentwurf 2020/2021. Alle Anträge liegen nochmals als Tischvorlage aus. Herr Rohde

ruft nacheinander die einzelnen Produkte auf und lässt über diese sowie ggf. Veränderungsanträge abstimmen. Nach abschließender Vorberatung durch den Fachausschuss erfolgt eine endgültige Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2020/2021, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt.

Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)

Produkte 05.01.01 – 05.06.05

05.01.01 (Eingliederungshilfe, Fachstelle SGB IX)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.04.09 (Behinderung und Ausweis)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor.
Der Veränderungsantrag lautet wie folgt:

Das Land NRW plant ab 2020 eine Anpassung des Belastungsausgleichs für die kommunalisierten Bereiche der ehemaligen Versorgungsverwaltung (Aufgabenbereiche Elterngeld und Schwerbehindertenrecht). Diese Anpassung wird nach bewährtem Verfahren im dreijährigen Rhythmus anhand der durchschnittlichen Fallzahlenentwicklung berechnet. Zu dem bestehenden Verordnungsentwurf nebst Verteilschlüssel wurde seitens des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW das Anhörungsverfahren eingeleitet, das am 8. November 2019 endet.

Vorbehaltlich der Verabschiedung dieses Verordnungsentwurfs stehen dem Kreis Mettmann ab 2020 erhöhte Kostenerstattungen zu. Da die Zuständigkeit für den Bereich Elterngeld beim Sozialausschuss liegt, ist ein entsprechender Änderungsantrag gleichen Inhalts auch in diesen eingebracht.

Abstimmungsergebnis Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produkt 05.04.09: einstimmig angenommen

05.05.01 (Behindertenkoordination, Beratungsdienst)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor.
Der Veränderungsantrag lautet wie folgt:

Gründung einer IFF, siehe Vorlage Nr. 57/013/2019

Abstimmungsergebnis Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produkt 05.05.01: einstimmig angenommen

05.05.02 (Frühförderung)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor.
Der Veränderungsantrag lautet wie folgt:

Gründung einer IFF, siehe Vorlage Nr. 57/013/2019

Abstimmungsergebnis Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produkt 05.05.02: einstimmig angenommen

05.06.01 (Wohnverbund für behinderte Erwachsene)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.02 (Integrative Kindertagesstätte Velbert)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor.
Der Veränderungsantrag lautet wie folgt:

Gründung einer IFF, siehe Vorlage Nr. 57/013/2019

Abstimmungsergebnis Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produkt 05.06.02: einstimmig angenommen

05.06.03 (Heilpädagogische KiTa Ratingen)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.04 (Heilpädagogische KiTa Mettmann)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.05 (Heilpädagogisch Integrative Kita Langenfeld)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)
Produkte 07.01.01 – 07.03.01**

07.01.01 (Gesundheitsförderung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

07.01.02 (Gesundheitsbezogene Hilfen)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

07.01.03 (Psychosoziale Versorgung)

Hier liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor.
Der Veränderungsantrag lautet wie folgt:

Im Rahmen der Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit – Endlich ein ZUHAUSE! gibt es aktuell einen neuen Baustein zur Stärkung der Suchtberatung für wohnungslose Menschen.

Mit der Förderung soll die ambulante Suchthilfe – insbesondere in Städten mit hoher Wohnungslosigkeit – gestärkt werden, um die niedrigschwellige Suchtberatung für abhängigkeitskranke Menschen in kritischen Wohnsituationen oder Obdachlosigkeit zu intensivieren und weiterzuentwickeln. Ziel der Förderung ist die Ausweitung von gezielter und in der Regel aufsuchender Suchtberatung von Menschen, die entweder obdachlos oder vorübergehend in Notunterkünften untergebracht sind. Insbesondere für obdachlose Menschen sind Beratungskonzepte weiterzuentwickeln, die der spezifischen Lebenssituation gerecht werden. Zugleich dient die Fördermaßnahme der Intensivierung einer niedrigschwelligen Suchtberatung für abhängigkeitskranke Menschen, die noch in eigenen Wohnungen leben, aber von Wohnungslosigkeit bedroht sind.

Gestärkt werden sollen auch die engere sektorenübergreifende Zusammenarbeit und Kooperation. Es werden verbindliche Kooperationen mit der Wohnberatung, Wohnungslosenhilfe, mit mobilen medizinischen Diensten und ggf. auch der Wohnungswirtschaft angestrebt.

Gefördert wird – frühestens ab 01.02.2020 - eine Personalstelle inkl. Sach- und Gemeinkostenpauschale nach KGSt bei ambulanten Sucht- und Drogenberatungsstellen. Im Falle des Zuschlags erfolgt eine Festbetragsfinanzierung pro Kalenderjahr für die gesamte Projektlaufzeit. Der Festbetrag beträgt bei einem frei-gemeinnützigen Träger 62.500 € (eine Stelle). Die Förderung erfolgt zunächst für 18 Kalendermonate mit einer Verlängerungsoption um weitere 30 Monate (also vor. bis 01/2024). Es ist davon auszugehen, dass die freien Träger sonstige, eigene Mittel zur Finanzierung dieser Stelle nicht aufbringen können, so dass eine Deckungslücke entsteht. Vorausgesetzt die freien Träger beantragen die Landesförderung und vorausgesetzt der Kreis ist bereit, die Deckungslücke von rd. 18.000 € pro Jahr zu finanzieren, sind die o.g. veränderten Haushaltsansätze einzuplanen. Es wird vorgeschlagen, die Ansatzerhöhung mit einem Sperrvermerk zu versehen. Aufgrund der besonderen Zielgruppe (durch chronifizierte Suchterkrankung behinderte Menschen) steht auf mittlere Sicht eine Abgrenzung bzw. Überleitung in die Zuständigkeit des LVR zur Prüfung an.

Abstimmungsergebnis Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Produkt 07.01.03: einstimmig angenommen

07.02.01 (Gesundheitsschutz)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

07.02.02 (Medizinalaufsicht)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

07.02.03 (Amtsärztliche Aufgaben)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2020/2021 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, den Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Sachstand der Umsetzung der Zuständigkeitsänderungen in der Eingliederungshilfe und Frühförderung zum 01.01.2020 - Vorlage Nr. 57/014/2019
--------------------	---

Herr Schäfer erläutert die Vorlage.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 7:	Nachträge - Vorlage Nr.
--------------------	------------------------------------

Zu Punkt 7.1:	Gesundheitszeugnis - Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 07.11.2019 - Vorlage Nr. 53/007/2019
----------------------	--

Die Anfrage wurde bereits schriftlich beantwortet.

Anschließend stellt Herr Rohde die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 15:52 Uhr

gez.
Klaus Rohde

gez.
Laura Wachsmann